

Gegenläufe auf dem demokratischen Parteitag.

Demokratie, Katholizismus und Protestantismus.

Breslau, 4. Dez. Der diesjährige Reichsparteitag der Deutsch-demokratischen Partei in von den demokratischen Organisationen aus dem ganzen Reich stark besucht. Alle demokratischen Landesverbände sind vertreten. Die Parteimitglieder haben sich zahlreich eingeschrieben. Als Auftakt zum Parteitag fanden bereits an den Vorabenden Schließungsversammlungen in Breslau und anderen Großstädten statt. Der 7. ordentliche Reichsparteitag der demokratischen Partei wurde am Freitag vormittag mit einer Sitzung des Parteivorstandes eingeleitet. Der Parteivorstand, Reichsminister a. D. Koch, gab einen ausführlichen Bericht über die gegenwärtig politische Lage und würdigte dabei besonders die Schwierigkeiten, die heute vorhanden sind. Er nahm in diesem Zusammenhang auch Stellung zu den Anträgen, die in der letzten Zeit gegen das Reichswehrministerium gerichtet sind. Er behandelte ferner die Wirtschaft, die sich in der preussischen Verwaltung und im preussischen Kultusministerium gezeigt haben. Zum Schluss betonte er mit größtem Nachdruck, daß die große Koalition heute die einzeln mögliche Grundlinie einer Neugliederung im Reich sein könne.

Darauf schloß sich eine längere Erörterung, in deren Verlauf eine Kommission zur Vorbereitung der Wahlen für den Parteivorstand, den Parteilaufschuß und den Reichsausschuß eingesetzt wurde. Am Freitagmittag wurde dann der Parteitag eröffnet. Der Andrang war außerordentlich stark. Koch begrüßte den Parteitag.

Die Wahl des Bureaus

ergab als Vorsitzenden den Abg. Koch, ferner Abg. Erbsland, Dr. Fischer, Frau Dr. Häumer und Pfarrer Köhler aus Breslau. Es folgten dann Begrüßungsansprachen. Für die Organisation Mitteldeutschens und Breslau sprach Abg. Herrmann aus Breslau. Seine Worte gipfelten in der Mahnung, daß das deutsche Volk, das seit 1914 ausschließlich von dem Reich abhängig war, wieder lernen müsse, den Blick nach Osten zu lenken, damit der Schaden wieder gutgemacht werden könne, der im Jahre 1918 aus der falschen Orientierung erwachsen sei.

Dr. Neppach.

Reichsminister a. D. Koch dankte kurz für die Worte der Begrüßung und gab das Wort dem ersten Redner, dem vormaligen, und wie Koch hinzusetzte, hessentlich auch zukünftigen Staatspräsidenten Dr. Neppach.

der von der Versammlung mit einer stürmischen Kundgebung begrüßt wurde. Die Frage, ob nicht die demokratische Staatsform gewissermaßen auf germanisches Volkstum gegründet ist, ist dahin zu beantworten, daß seitler alles germanische Volkstum weichen mußte, was die Demokratie besonders begünstigt. (Sehr richtig!) Ein sehr hart ausgedrücktes persönliches Freiheitsgefühl, eine durchgängige Neigung, gemeinliche Fragen auf geistlich-ethischer Grundlage zu stellen, sich selbst zu verwirklichen, anstatt sich regieren zu lassen und die Unterordnung unter eine Willkürherrschaft, d. h. unter Autoritäten, die man sich nicht selbst erwählt, sind die wesentlichen Elemente der demokratischen Staatsform. In der Praxis besteht in der Demokratie ein ganz bestimmtes demokratisches Element in dem Aufsteigen von unten nach oben. Ein Gebot der Gerechtigkeit ist es, anzuerkennen, daß der deutsche Katholizismus das geistliche und kulturelle Leben dauernd außerordentlich befruchtet habe. Gerade als Protestant glaube er sich verpflichtet, gegen diese Darstellungen Neppachs zu protestieren. So sehr er im übrigen mit seinen Ausführungen über das Verhältnis von Germanentum und Staat einverstanden sei.

Dann referierte Oberkirchenrat G. Wolff über die Volksschule in der demokratischen Kulturpolitik. Unser altes Reich, so führte er u. a. aus, habe in seiner Verfassung und in seiner gesamten Arbeit auf eine zielbewusste Kulturpolitik verzichtet und allein dem Machtgedanken vertraut, es sei eine falsche Bildungspolitik betrieben worden, wodurch viele wertvolle Kräfte und Anlagen in jungen deutschen Volksgenossen verkommen mußten. (Sehr richtig!) Der demokratische Staat müsse eine andere kulturpolitische Einstellung haben und eine andere Bildungspolitik verfolgen. Neppachs Worte seien heute mehr denn je: „Was wir nicht dulden dürfen ist, daß es eine doppelte Wahrheit gibt, eine interkonfessionelle Wahrheit für die oberen und eine konfessionelle Wahrheit für die unteren.“ Daß die Wirkungen der Konfessionsunterschiede für das religiöse Leben Deutschlands nur schwer schädlich sein werden, ist unsere nur zu beklagende Tatsache. Grundfalsch ist es, die Vererblichkeit konfessioneller und weltanschaulicher Erbanlagen. Demokratische Schulpolitik muß dafür sorgen, daß dem ehemaligen Volksschüler nicht der Eintritt in weiterführende Berufsbahnen versperrt wird. (Unablässig stürmischer Beifall.)

Darauf referierte Frau Emma Wedemeyer über das Thema „Welche Bildungsträger“. Alle Mädchenbildung müsse tüchtig machen zum Dienste der Frau an der Gesamtheit. Es sollte bei dem heutigen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Leben und dem starken Frauenüberschuß etwas Selbstverständliches sein, daß den Mädchen dieselben Möglichkeiten zur Arbeit, zu Beruf und Erwerb gegeben werden wie den Knaben. Dafür sei erforderlich, daß schon an der Erziehung der Mädchen in erheblicher Höhe an die bisher Frauen mitwirken. Es gebe gegenwärtig nur etwa 15 Prozent weibliche Lehrer in Deutschland, während es eigentlich 50 Prozent sein müßten.

Darauf wurden die Verhandlungen vertagt.

Zuschlag an die Spitze bringt, wo sie dann autoritärlich wirken.

(Sehr richtig und Beifall.) In jedem Element muß aber leitend sein das persönliche Verantwortungsbewußtsein. (Sehr laut, Beifall.) In diesem Sinne sind die germanischen Völker Träger eines demokratischen Erbes, und darum ist heute die germanische Erde demokratisch. Unsere Demokratie wird ebensowohl eine christliche, wie auf Gottesfreiheit beruhende Demokratie sein. (Sehr richtig!) Auch die Demokratie bedarf eines Gegenlagers konservativer Kräfte, in denen die Werte der geistlichen und politischen Gebundenheit sich darstellen, und uns will scheinen, daß das katholische Christentum den natürlichen Gegenpart dieses konservativen Lager im Staate bildet. Wir ziehen den Hut vor allen um Demokratie ringenden katholischen Persönlichkeiten und sehen dennoch ihr Los tragisch.

Wir halten es für eine zeitliche Erscheinung, daß erhebliche Teile des kirchlichen Katholizismus heute glauben, auch innerlich demokratisch sein zu können, während große Teile des Protestantismus glauben, demokratiefeindlich sein zu müssen.

Nach den Ausführungen Neppachs erklärte der Abgeordnete Koch unter Tagesworten, die Verlammlung sei den Darlegungen bereitwillig gefolgt, wenn sich auch bei den Hören an einzelnen Stellen ein gewisser Widerspruch ergeben hat. Das gelte vielleicht in erster Linie für die Würdigung der sozialen Einstellung des Katholizismus, die einen erheblichen Vorsprung bedeute gegenüber der harten Einstellung des Protestantismus „Tiron und Star“. Die Einstellung des Protestantismus über die Hierarchie soll erst am Sonntagabend stattfinden. Es wurde nur noch dem Reichsausschußabgeordneten Dr. Neuk das Wort gegeben, der gegen einige Äußerungen Neppachs Stellung nehmen sollte.

Er habe das Bedürfnis, auszusprechen, daß er große Parteien dieses Referates für falsch und auch die daraus gezogenen Schlussfolgerungen nicht für tragbar halte.

Neppach übersehe vor allem bei dem Protestantismus die Aufassung Luther's und die Auswirkungen des Lutherismus. Beim Bauernkrieg habe sich Luther aus kirchlichen Gründen gegen die populäre Bewegung gestellt. Die weitere Entwicklung des Lutherismus habe dann das Staatskirchenwesen gebracht. Es sei die Frage, ob die protestantische Kirche in der Gegenwart eine demokratische Stellung einnehmen werde oder ob sie den Weg der Akerisierung gehe. Der Redner betonte dann, daß man einen großen Unterschied machen müsse zwischen dem Katholizismus als kirchliche Wissenschaft und als weltliche Weltanschauung. In der Praxis besteht in der katholischen Kirche ein ganz bestimmtes demokratisches Element in dem Aufsteigen von unten nach oben. Ein Gebot der Gerechtigkeit ist es, anzuerkennen, daß der deutsche Katholizismus das geistliche und kulturelle Leben dauernd außerordentlich befruchtet habe. Gerade als Protestant glaube er sich verpflichtet, gegen diese Darstellungen Neppachs zu protestieren. So sehr er im übrigen mit seinen Ausführungen über das Verhältnis von Germanentum und Staat einverstanden sei.

Dann referierte Oberkirchenrat G. Wolff über die Volksschule in der demokratischen Kulturpolitik. Unser altes Reich, so führte er u. a. aus, habe in seiner Verfassung und in seiner gesamten Arbeit auf eine zielbewusste Kulturpolitik verzichtet und allein dem Machtgedanken vertraut, es sei eine falsche Bildungspolitik betrieben worden, wodurch viele wertvolle Kräfte und Anlagen in jungen deutschen Volksgenossen verkommen mußten. (Sehr richtig!) Der demokratische Staat müsse eine andere kulturpolitische Einstellung haben und eine andere Bildungspolitik verfolgen. Neppachs Worte seien heute mehr denn je: „Was wir nicht dulden dürfen ist, daß es eine doppelte Wahrheit gibt, eine interkonfessionelle Wahrheit für die oberen und eine konfessionelle Wahrheit für die unteren.“ Daß die Wirkungen der Konfessionsunterschiede für das religiöse Leben Deutschlands nur schwer schädlich sein werden, ist unsere nur zu beklagende Tatsache. Grundfalsch ist es, die Vererblichkeit konfessioneller und weltanschaulicher Erbanlagen. Demokratische Schulpolitik muß dafür sorgen, daß dem ehemaligen Volksschüler nicht der Eintritt in weiterführende Berufsbahnen versperrt wird. (Unablässig stürmischer Beifall.)

Darauf referierte Frau Emma Wedemeyer über das Thema „Welche Bildungsträger“. Alle Mädchenbildung müsse tüchtig machen zum Dienste der Frau an der Gesamtheit. Es sollte bei dem heutigen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Leben und dem starken Frauenüberschuß etwas Selbstverständliches sein, daß den Mädchen dieselben Möglichkeiten zur Arbeit, zu Beruf und Erwerb gegeben werden wie den Knaben. Dafür sei erforderlich, daß schon an der Erziehung der Mädchen in erheblicher Höhe an die bisher Frauen mitwirken. Es gebe gegenwärtig nur etwa 15 Prozent weibliche Lehrer in Deutschland, während es eigentlich 50 Prozent sein müßten.

Darauf wurden die Verhandlungen vertagt.

Voderung der Kreditkontingentierung

set so zu verstehen, daß die Reichsbank über das Kontingent hinaus Wechsel ankaufen wird, allerdings nur eine zeitliche Maßnahme. Die Position der Reichsbank sei sehr günstig und in Bezug auf Auslandswechsel und Auslandsanleihen. Die erhebliche Verbesserung sei darauf zurückzuführen, daß jetzt wieder mehr langfristige Kredite an die Stelle der kurzfristigen getreten seien. Die Reichsbank sei außerdem bestrebt, den Zinssatz allgemein zu senken. Ueber die Amerikareise des Reichsbankpräsidenten seien in der Presse viel übertriebene und zum Teil durchaus falsche Mitteilungen erschienen. Es habe sich tatsächlich bei dieser Reise Dr. Schacht nur um einen Gegenbesuch bei den führenden amerikanischen Finanzmännern gehandelt, und der Zweck, ein immer engeres persönliches Vertrauensverhältnis herzustellen, sei voll erreicht worden. Nicht bloß das Vertrauen in die Deutsche Reichsbank, sondern auch das in die deutsche Wirtschaft habe durch den Besuch in Amerika eine Stärkung erfahren. Ganz verfehlt sei die Meinung, als hätte Dr. Schacht in Amerika eine Revision des Dawes-Planes verlangt. Immerhin werde der Besuch dazu beigetragen haben, die gegenwärtige große Reinigungsfraktion, die die deutsche Wirtschaft durchmache, zu beenden.

An der Nachmittagsitzung verhandelte man zunächst über die Vorteile und Nachteile der amerikanischen Produktionsmethoden und ihre mögliche Übertragung auf Deutschland. Es wurden verschiedene Gründe dafür angeführt, aus denen die Übertragung des amerikanischen Produktionswesens auf Deutschland sehr vorteilhaft wäre. — Dann nahm Professor Schlegel das Wort zu einem

Vortrag über Rußland.

Der Vortragende, der Rußland auf Aufforderung der russischen Regierung bereist hat, um der deutschen Regierung ein sachverständiges Urteil über die Qualität der Fabrikations-einrichtungen in Rußland zu geben, betonte, der schwächste Punkt der von ihm besichtigten Fabriken in den drei Hauptstädten des Landes, Petersburg, Moskau und Charkow, sei die Ausnutzung der Werkzeugmaschinen und Werkzeuge. Diese Maschinen seien offenbar durch den langen Krieg und die darauffolgende Revolutionsjahre vollständig heruntergewirtschaftet und bedürften dringend einer Erneuerung. Bei der eigenartigen Verteilung der russischen Bevölkerung mit ihren etwa 120 Millionen Bauern und höchsten 25 Millionen Industriearbeitern sei die Stimmung der leitenden Kreise in Rußland jeder Richtung einer Großindustrie zum Zweck des Exports abgeneigt. Nur ihre Hauswirtschaftsmaschinen, Transportmittel, landwirtschaftlichen Maschinen, Kraftmaschinen und Kraftverteilungsmaschinen wollten die Russen selbst machen, alles andere, wofür nur ein verhältnismäßig geringer Verbrauch da ist, wollten sie kaufen.

Die brennendste Frage für Rußland sei die Schaffung von landwirtschaftlichen Traktoren zum Ersatz des Viehwagens. Während in Deutschland erst die wirtschaftlichen Verhältnisse das Verschwinden aller wirtschaftlich schwachen Fabriken erzwingen werden, wird in Rußland infolgedessen jetzt an Hand der erhaltenen Einzel- oder Kleinfabriken zu treiben, nunmehr an einer Stelle eine Massenfabrikation ins Leben rufen zu müssen. Auf den Tischen der russischen Ingenieurkammern liegen, wie der Redner betonte, durchweg die deutschen Normen. Unter den russischen Ingenieuren der älteren Schule wird als Fremdsprache fast ausschließlich die deutsche gesprochen. Bei der jüngeren Welt macht sich aber das Englische unter der Einwirkung der amerikanischen Vorherrschaft fester geltend. Zum Schluss empfahl der Redner, die nächste Gelegenheit des russischen Besuchs an Werkzeugmaschinen und deutschen Werkzeugen, sowie des Besuchs nach deutscher Betriebswirtschaft und deutscher Normung als unerschöpfbares Propagandamittel zu benutzen, um die deutsch-russischen Beziehungen ein für allemal auf das festeste zu verankern. Damit hatte die Tagung ihr Ende erreicht.

Die Bedenken gegen eine Erhöhung der Beamtenegehälter.

Dr. in, 4. Dez. In den letzten Tagen sind Meldungen verbreitet worden, daß das Reichsfinanzministerium einer Erhöhung der Beamtenegehälter noch vor Weihnachten nicht mehr grundsätzlich ablehnend gegenüberstehe. Wir hören hierzu von zuständiger amtlicher Seite, daß eine Änderung in der Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums nicht erfolgt ist. Diese Stellungnahme ist in der Sitzung des Staatssekretärsbüros des Reichstages vom 25. November d. J. von Staatssekretär Fischer dahin präzisiert worden, daß die Frage einer Erhöhung erst dann ernstlich erörtert werden könne, wenn man sich über die finanziellen Auswirkungen auf den Etat klar geworden ist.

Im Augenblick seien diese Auswirkungen noch nicht voll zu übersehen, aber es werden die schwersten Bedenken gegen eine allgemeine Erhöhung der Beamtenegehälter erhoben. Der Reichskanzler Dr. Luther unterstrich diese Ausführungen persönlich, indem er darauf hinwies, daß man nicht gleichzeitig die Steuern ermäßigen und die Verwaltungsausgaben erhöhen könne. Er hat die Angelegenheit zu verlagern, bis die Reichsregierung zurückgetreten kam, ein neues Kabinett im Amt wäre. Um aber in zwischen eine sachliche Erklärung zu erteilen, wurde vereinbart, den Geschäftsausschuß des Reichstages bis zum 9. Dezember des erforderten Material zu unterbreiten, damit der Ausschuss und auch das Plenum selbst darüber entscheiden könne, ob sie eine allgemeine Erhöhung der Beamtenegehälter im Augenblick verantworten zu können glauben oder nicht. Die Angelegenheit ist also nicht Sache des Reichsfinanzministeriums oder des Reichskabinetts, sondern sie wird ausschließlich durch den Reichstag zu entscheiden sein.

Mussolini und die Kurie.

Rom, 4. Dez. Die Regierung erwägt tatsächlich den Gedanken einer praktischen Ausöhnung mit der Kurie. Es wäre, so sagt man, keineswegs ein Wunder, wenn Mussolini schon in allernächster Zeit mit einer entsprechenden Verordnung hervortrete, die ihm die Zonargenie aller Katholiken der Welt gewinne würde. Natürlich dürfte es sich bei der Erfüllung der päpstlichen Zonargenie um die Schaffung politischer, nicht territorialer Garantien handeln, während noch unter Papst Pev von der Kurie ausdrücklich territoriale Sicherheit verlangt wurde. Man weiß übrigens auch auf den Ausdruck des Kardinals Gasparri hin, daß Papsttum erwarte die Lösung der römischen Frage nicht mehr von einer fremden Intervention, sondern von einem freiwilligen Akt der italienischen Regierung.

Rom, 4. Dez. Ein Dekret des Präfecten von Mailand löst die Gewerkschaft der Typographen, Buchbinder, Papierarbeiter, Zeichner und Stecher auf. Die Sozialistische Konsumgenossenschaft wurde ebenfalls aufgelöst, weil sie bei der großen Einkaufshilfe in Mandorla um ein Darlehen von 2 bis 3 Millionen nachgefragt hatte. (B. T. W.)

Die Hechtliche Kabinettskrisis.

Prag, 4. Dez. Der Präsident der Republik hat heute, nachdem Mr. Sramel den Austritt einer Regierung zu bilden, zurückgegeben hat, die Abgeordneten Tribuna, Bednec, Dr. Aramark und Kocch zu Besprechungen über die Kabinettsbildung empfangen. (B. T. W.)

In Ohr und Herz Dir dröhn' Der einzig wahre Spriuch: Der Weihnachtsstich wird schön. Erst durch ein gutes Buch! 5

Wege zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten zur Wirtschaftskrise.

Berlin, 4. Dezember. Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, der Spitzenverband der gesamten deutschen Maschinenindustrie, hielt heute im Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrates unter ungewöhnlich starker Beteiligung und im Beisein zahlreicher Regierungsvertreter seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab. Im Namen der Regierung, des Reiches und der Länder begrüßte Ministerialdirektor Dr. Volke die Versammlung mit einer Ansprache, in der er betonte, die Industrie könne die gegenwärtige Krise nur überwinden, wenn sie zuerst ihre eigene Kraft anwende und dann erst die Hilfe des Staates anruft.

Das Hauptreferat der Tagung hielt Direktor Karl Lange, der Geschäftsführer des Vereins, über die „Verhinderung der Wirtschaftskrise und die Wege zu ihrer Ueberwindung“. Wenn der Landbund, so führte er aus, über seine diesjährige Tagung das Motto „Bauer in Not“ gelebt hat, so können wir über unsere heutige Tagung schreiben: „Industrie in Not!“ Was die deutsche Wirtschaft jetzt zu erdulden hat, ist die Weltungskrise nach der schweren Krankheit der Jahre 1913/14, den Krieg, Friedensvertrag und Inflationskatastrophen. 1914/15 ist die Krise im vollen Gange und läßt sich nicht mehr abwenden, wenn sie nicht durch die eigene Kraft anwende und dann erst die Hilfe des Staates anruft.

Das Hauptreferat der Tagung hielt Direktor Karl Lange, der Geschäftsführer des Vereins, über die „Verhinderung der Wirtschaftskrise und die Wege zu ihrer Ueberwindung“. Wenn der Landbund, so führte er aus, über seine diesjährige Tagung das Motto „Bauer in Not“ gelebt hat, so können wir über unsere heutige Tagung schreiben: „Industrie in Not!“ Was die deutsche Wirtschaft jetzt zu erdulden hat, ist die Weltungskrise nach der schweren Krankheit der Jahre 1913/14, den Krieg, Friedensvertrag und Inflationskatastrophen. 1914/15 ist die Krise im vollen Gange und läßt sich nicht mehr abwenden, wenn sie nicht durch die eigene Kraft anwende und dann erst die Hilfe des Staates anruft.

Die Ueberwindung der Wirtschaftskrise ist nur durch die Ueberwindung der Krise der Betriebe möglich. Eine gründliche Finanzreform unter Anpassung des Steuerbedarfs an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft erscheint als die dringende Aufgabe der neuen Regierung. Auch die Politik des Reichsarbeitsministeriums müsse sich mehr als bisher auf den Preisverfall einstellen. Arbeiterschaft und Industrie müßten zur Ueberwindung der Krise zusammenstehen. Ferner forderte der Redner von der Reichsbahn Ermäßigung für Maschinenfrachten.

In der Aussprache gina Ministerialdirektor Dr. Volke auf das Exportproblem ein. Mit dem Wort „Exportnationalismus“ könne man dieses Problem nicht erschöpfen. Industrie, Regierung und Parlament müßten im Interesse der Exportförderung zusammenarbeiten. (Lebhafter Beifall.) — Dr. Dr. Gilmann, Moaburg, betonte die verheerende Wirkung der Steuerpolitik, die zu einer früher niemals erlebten Enttöpfung von Vermögenseinheiten bei der Industrie geführt habe. Auf die Zunahme der Vermögensverluste betrage die Steuerlast jetzt das Siebenfache der Vorkriegszeit, im Verhältnis zum Produktionskapital das Zwölfte bis Dreizehnfache. Unbedingt notwendig seien vor allem eine Herabsetzung der Gewerbesteuer und die Befreiung des ungeschützten Substanzwertes der Volksumsatzsteuer. Die Preisabbaumaßnahmen der Behörden laufen darauf hinaus, daß die Regierung die Industrie auf die Preise acht, weil sie nicht imstande ist, die Mißbräuche im Handel zu fassen. Der Redner kritisierte dann scharf die Finanzpolitik der Reichsbahn. Die Industrie könne auf keinen Fall darunter leiden, daß bei der Eisenbahn auf drei Angeheile zwei Angeheile im Ruhestand kämen.

Der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustriellen, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Richter, empfahl eine härtere aktive Beteiligung der Industriellen an der Politik und dem parlamentarischen Leben. — Direktor Dr. Gremm, der als Unterhändler der Industrie an den deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen teilgenommen hat, forderte die Reichsregierung und die Landwirtschaft auf, eine genaue Statistik des deutschen Weinbaues vorzulegen. Den Interessen eines so kleinen Weinbaues, wie beispielsweise des deutschen Gartenbaues, dürfe nicht die ganze Wirtschaft geopfert werden. Der Vizepräsident der Reichsbank, Geheimrat Oberfinanzrat Kaufmann, ging dann auf die Kreditpolitik der Reichsbank ein. Die vom Reichsbankpräsidenten Schacht angekündigte

Neuberechnung der Produktionsmethoden, Veranschaulichung des Betriebes auf das richtige Maß im Verhältnis zum Absatzmarkt und Geldmarkt, Produktionsfähige Typen in der höchsten Vollendung für kleine Betriebe, Reduzierung der Fabrikation für einen bestimmten Zweck in höchste Kraft- und Wirtschaftlichkeit. Der Redner forderte bei der Verteilung der Kreditkontingente eine härtere Berücksichtigung mittlerer und kleinerer unter-

Neuberechnung der Produktionsmethoden, Veranschaulichung des Betriebes auf das richtige Maß im Verhältnis zum Absatzmarkt und Geldmarkt, Produktionsfähige Typen in der höchsten Vollendung für kleine Betriebe, Reduzierung der Fabrikation für einen bestimmten Zweck in höchste Kraft- und Wirtschaftlichkeit. Der Redner forderte bei der Verteilung der Kreditkontingente eine härtere Berücksichtigung mittlerer und kleinerer unter-